

Landkreis Friesland

Niederschrift

**über die 4. - öffentliche - Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland
am Mittwoch, 11. Juli 2012, in der Landgaststätte „Parkhaus Moorwarfen“,
Sillensteder Straße 6, Jever-Moorwarfen**

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 15:20 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Ambrosy, Sven
Bastrop, Heide
Brunken, Rainer
Burgenger, Uwe
Busch, Thomas
Buß, Manfred
Böcker, Rudolf
Bödecker, Anne
Chmielewski, Iko
Damm, Jens
Eilers, Claus
Gburreck, Fred
Gerdes-Borreck, Matina
Harms, Siegfried
Husemann, Horst-Dieter
Kaiser-Fuchs, Marianne
Kujath, Dörthe
Kühne, Lars
Lies, Olaf MdL
Loers, Diedrich
Neugebauer, Axel
Nieraad, Peter
Onnen-Lübben, Reinhard
Ostendorf, Heinrich
Osterloh, Uwe
Pauluschke, Bernd
Polenz, Dirk von
Ramke, Michael
Ratzel, Gerhard
Recksiedler, Raimund
Rost, Wilfried
Schlieper, Ulrike
Sieckmann, Heinke
Spiekermann, Ewald
Tammen, Reiner

Teilnahme ab TOP 8

Vehoff, Frank
Wilken, Wilhelm
Zielke, Gustav

Angehörige der Verwaltung

Gerdes, Gerda
Graalfs, Rainer
Vogelbusch, Silke

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Pauluschke eröffnete die Sitzung und hieß alle Anwesenden zur letzten Kreistagssitzung vor der Sommerpause herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Pauluschke stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Als entschuldigt seien gemeldet die Kreistagsmitglieder Frau Ralle sowie die Herren Funke, Janßen, Just und Zillmer. Herr Damm werde aus beruflichen Dingen etwas später zur Sitzung erscheinen.

Nachträglich gratulierte Herr Pauluschke namens Kreistag und Verwaltung Herrn Rost zu dessen Geburtstag am 8. Juli 2012; er wünschte ihm Gesundheit, Zufriedenheit und alles Gute für eine auch weiterhin aktive Mitarbeit im Kreistag Friesland.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Pauluschke teilte mit, die Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen habe darum gebeten, die Tagesordnung um den Punkt „Umbesetzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur“ zu ergänzen. Anlass hierfür sei die Ernennung von Herrn KTA Osterloh zum Schulleiter; hierdurch ergebe sich sein Ausscheiden aus dem Gremium. Der Kreistag stimmte einer Ergänzung unter TOP 4.1 zu.

Der Tagesordnungspunkt 6.4.5 bzw. 10.2 solle umbenannt werden in „Gemeinsamer Antrag zur Verabschiedung einer Resolution des Kreistages für den Erhalt einer funktionierenden Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Wilhelmshaven und Aurich“. Der Kreistag stimmte auch dieser Änderung einstimmig zu.

Auf Antrag des Kreistagsabgeordneten Harms wurde TOP 3.4.1 der nichtöffentlichen Sitzung „Antrag der AWO, Kreisverband Wilhelmshaven-Friesland, auf Erhöhung des Zuschusses für das Frauen- und Kinderschutzhaus in Wilhelmshaven“ in den öffentlichen Teil – TOP 6.5.4 - verlegt.

Herr Pauluschke hieß herzlich Frau Bürgermeisterin Dankwardt als Vertreterin der gastgebenden Stadt Jever willkommen.

Sodann bat er alle Anwesenden, sich zu einer Gedenkminute für das am 12. Juni 2012 verstorbene ehemalige Kreistagsmitglied Joachim Gramberger zu erheben. Er würdigte den Verstorbenen mit folgenden Worten:

„Joachim Gramberger gehörte dem Kreistag Friesland vom 1. November 2006 bis zum 31. Oktober 2011 an. Er war Vorsitzender des Ausschusses für Bauen, Feuerschutz und Straßenverkehr sowie Mitglied des Wirtschaftsausschusses und vertrat den Landkreis Friesland auch in örtlichen und überörtlichen Gremien außerhalb des Kreistages.

Bevor Joachim Gramberger in den Kreistag gewählt wurde, war er tätig als hauptamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Wangerland. Über 34 Jahre war er in der Kreisverwaltung Friesland tätig. 1998 vollendete Joachim Gramberger das 40jährige Dienstjubiläum im öffentlichen Dienst.

Der Katastrophenschutz und das Feuerwehrewesen waren ihm im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung stets ein besonderes Anliegen. Die erfolgreiche Entwicklung des Rettungswesens in Friesland ist ganz wesentlich seinem Engagement als Geschäftsführer des Rettungsdienstes zu verdanken.

Unvergessen bleibt auch der persönliche Einsatz von Joachim Gramberger beim Widerstand gegen die Kreisreform.

Als langjähriger Mitarbeiter der Kreisverwaltung sowie als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker hat sich Joachim Gramberger stets mit besonderem persönlichen Engagement zum Wohle der Allgemeinheit eingesetzt.

Wir sind ihm zu Dank verpflichtet und werden sein Andenken in Ehren halten.“

Der Kreistag verharrte in einer Gedenkminute.

- - - -

Bürgermeisterin Dankwardt hieß den Kreistag namens Rat und Verwaltung der Stadt Jever herzlich willkommen in Jever-Moorwarfen. Das „Parkhaus“ sei viele Jahre als Vereinsgaststätte von Dieter Deichmann geführt worden. Herr Deichmann befinde sich nun im Ruhestand und habe in Frau Brockmann eine geeignete Nachfolgerin mit Erfahrung in der Gastronomie gefunden.

Die Stadt Jever habe nach wie vor mit finanziellen Problemen zu kämpfen und bemühe sich derzeit darum, in den Ratsgremien die Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe auf den Weg zu bringen. Ein in allen Kommunen diskutiertes Thema sei auch die Kinder- bzw. Krippenbetreuung. Es bestehe eine große Nachfrage der Eltern nach umfassenden Betreuungsmöglichkeiten. Als Kommune versuche man sich stets auf die Ergebnisse entsprechender Abfragen in der Elternschaft einzustellen; in der Realität stelle sich die Situation oftmals jedoch anders dar. Als familienfreundliche Kommune wolle aber auch die Stadt Jever nicht hintan stehen. Daher wolle man den Bereich der Kinderbetreuung deutlich erweitern.

Der Kreistagssitzung wünschte die Bürgermeisterin einen guten Verlauf.

TOP 4 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 21. März 2012

Die öffentliche Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

TOP 4.1 Umbesetzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur

Frau KTA Schlieper teilte mit, Kreistagsabgeordneter Osterloh werde den Ausschuss für Schule, Sport und Kultur infolge seiner Berufung zum Schulleiter mit sofortiger Wirkung verlassen. Sie danke ihm für die geleistete engagierte Arbeit.

Nachrücker als ordentliches Mitglied und stellvertretender Ausschussvorsitzender sei KTA **Fred Gburreck**.

Der Kreistag fasste sodann folgenden

Feststellungsbeschluss:

Die neue Besetzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur lautet wie folgt:

Ausschuss für Schule, Sport und Kultur

(11er-Ausschuss + GM)

(Sitzverteilung: SPD-Bündnis 90/Die Grünen: **5**, CDU: **3**, FDP-SWG-UWG-BBV/F: **1**, Losentscheid um **2** Sitze zwischen BfB, ZV und MMW-Die Linke, **1** Grundmandat)

Mitglied

1. KTA Anne Bödecker *)
2. KTA Thomas Busch
3. KTA Dörthe Kujath
- 4. KTA Fred Gburreck (**)**
5. KTA Uwe Burgenger

Vertreter

- KTA ... (zurzeit unbesetzt)
- KTA Olaf Lies
- KTA Michael Ramke
- KTA Ulrike Schlieper
- stv. LR Gustav Zielke

6. KTA Heide Bastrop
7. KTA Heinke Sieckmann
8. KTA Frank Vehoff

- KTA Jens Damm
- KTA Claus Eilers
- KTA Wilfried Rost

9. KTA Ewald Spiekermann

- KTA Gerhard Ratzel
- KTA Rudolf Böcker

10. KTA Matina Gerdes-Borreck

KTA Iko Chmielewski

11. KTA Axel Neugebauer

KTA Karl-Heinz Funke

Grundmandat/beratend:

12. Heinrich Ostendorf

KTA Janto Just

*) Vorsitzende

***) stv. Vorsitzender

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Anmerkungen:

a)

Auf die Aufführung der hinzugewählten Mitglieder des Schulausschusses wird an dieser Stelle verzichtet, da es hier keinerlei Änderungen gab. Die Beschlussfassung des Kreistages beinhaltet ausdrücklich die Beibehaltung dieser Mitglieds- und Vertreterpositionen.

b)

KTA Gburreck fungierte vorher als stellvertretendes Mitglied im Fachausschuss. Im Rahmen der Umbesetzung unterblieb versehentlich die Nachbenennung für seine nun frei werdende Stellvertreterposition. Diese Besetzung erfolgt im Rahmen der nächsten Kreistagssitzung.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Der Einwohner T. aus dem Südkreis meldete sich zu Wort. Er habe eine Untätigkeitsbeschwerde gegen den Landrat. In den vergangenen Jahren sei die Kreisverwaltung nicht in der Lage gewesen, seine Fragen betr. Bodenabbau auf dem Nachbargrundstück zu beantworten; immer wieder werde um Geduld gebeten. Er frage sich, wann mit einer Antwort zu rechnen sei und wer für ihm entstandene Sachschäden als Folge unrechtmäßigen Bodenabbaus eintrete.

Landrat Ambrosy erklärte, es gehe um einen von der früheren Bezirksregierung übernommenen Fall. Problem sei, dass die Altakte dort nicht mehr auffindbar gewesen sei. Der Fachbereich 12/Umwelt habe mehrfach Kontakt zu Herrn T. aufgenommen und werde auch weiterhin das Gespräch suchen. Streitpunkt sei die unterschiedliche Bewertung, ob eine Abbaugenehmigung dem Nachbarn seinerzeit hätte erteilt werden dürfen. Das Fachamt komme zu dem Ergebnis, dass die erteilte Genehmigung rechtens gewesen sei. Der Unmut des Beschwerdeführers über diese rechtliche Beurteilung sei persönlich verständlich, gleichwohl könne weder dem Fachamt noch dem Landrat Untätigkeit in der Sache vorgeworfen werden.

Einwohner T. stellte fest, im Falle einer Grenzaufhebung wäre er in das Verfahren eingebunden gewesen. Beim Amtsgericht hätten entsprechende Unterlagen vorliegen müssen. Die Genehmigung sei jedoch ohne seine Beteiligung bzw. ohne sein Wissen erfolgt. - Im übrigen habe es bereits vor Auflösung der Bezirksregierung keine Unterlagen für diesen Vorgang gegeben.

Auf Vorschlag von Herrn Pauluschke erklärte sich der Einwendungsführer damit einverstanden, dass der Landrat dem Kreisausschuss nochmals die Sach- und Rechtslage vortragen möge.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

TOP 6 Öffentliche Berichte und Vorlagen

TOP 6.1 - aus dem Kreisausschuss vom 9. Mai 2012:

TOP 6.1.1 18. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung Vorlage: 0072/2012

Gemäß Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 9. Mai 2012 – TOP 3.1.1 der Niederschrift – fasste der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.1.2 Kreislaufwirtschaftsgesetz; hier: Sachstand Vorlage: 0087/2012

Die Ausführungen zu TOP 4.1.1 der Umweltausschuss-Sitzung vom 17. April 2012 bzw. zu TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Sitzung vom 9. Mai 2012 nahm der Kreistag zur Kenntnis.

TOP 6.1.3 Finanzbericht zum 1. Quartal 2012

Landrat Ambrosy teilte mit, in Kürze werde der Finanzbericht zum 2. Quartal 2012 fertig gestellt und übersandt. Nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen sei im 2. Quartal grob geschätzt ein Minus von 1,8 Mio. Euro = ca. 1,2 % des Ergebnishaushalts zu verzeichnen. Die Ursache hierfür liege in einer Verschlechterung des sog. Quotalen Systems. Die Fachbereichsleiter seien gebeten worden, das sich abzeichnende Defizit im laufenden Haushalt einzusparen, um möglichst am Jahresende mit einer schwarzen Null abschließen zu können.

Es bleibe abzuwarten, ob sich das Ergebnis im Bereich des Quotalen Systems möglicherweise noch zu Gunsten des Landkreises verändere. Man gehe aber vorsorglich von der prognostizierten negativen Entwicklung aus und steuere gegen.

Der Kreisausschuss nahm die Ausführungen sowie den Finanzbericht zum 1. Quartal 2012 zur Kenntnis.

TOP 6.2 - aus dem Kreisausschuss vom 23. Mai 2012:

TOP 6.2.1 a) Einführung der Software Liquid Feedback zur Online-Bürgerbeteiligung Vorlage: 0097/2012

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Harms erklärte Landrat Ambrosy, man werde während der einjährigen Testphase von LiquidFeedback laufend evaluieren und Sachstandsberichte in den Gremien geben. Nach einem Jahr sei in den Gremien darüber zu entscheiden, ob LiquidFeedback die Erwartungen erfülle und dauerhaft fortgesetzt werde. Der von den Kreistagsfraktionen gebildete Arbeitskreis werde gemeinsam mit weiteren ehrenamtlich Mitwirkenden das Projekt während der Testphase begleiten. Sobald über LiquidFeedback die ersten Beschlussvorlagen eingestellt würden, werde man auch die Ausschüsse informatorisch einbinden.

Man wolle das Jahr nutzen, um Erfahrungen zu sammeln. Sollte es zu Problemen oder Nachbesserungsbedarfen kommen, so werde man unterjährig gemeinsam mit den Programmierern entsprechende Schritte umsetzen. Das Nds. Innenministerium und die kommunalen Spitzenverbände seien sehr interessiert; auch von dort sei im Verlaufe des Testjahres mit Sachstandsfragen zu rechnen.

Kreistagsabgeordneter Neugebauer hinterfragte die genannten Kosten: Im ersten Entwurf sei die Rede von ca. 6.000 Euro, im zweiten seien ca. 11.355,- Euro brutto genannt. - Landrat Ambrosy erklärte, die erste Kostenschätzung sei zu optimistisch ausgefallen. Es seien doch umfangreichere Umprogrammierungen vorzunehmen. Da auch Städte und Gemeinden im Kreis ein Interesse an der Einführung von LiquidFeedback zeigten, habe man im übrigen ein Modul gewählt, das eine entsprechende Erweiterung der Software ermögliche. Sollten auch andere Nutzer hinzu kommen, so bedeute dies für den Landkreis Friesland eine Kostensenkung.

Ehrenamtlicher Helfer während der Testphase sei Herr Djure Meinen; der Kreisausschuss habe zugestimmt. Die Verwaltung sei gern bereit, auch die Mitarbeit weiterer ehrenamtlicher Mitwirkender anzunehmen. Man sei im Begriff, gemeinsam mit der Volkshochschule ein Programm zu entwickeln; hierbei sei man für jegliche Unterstützung dankbar.

Der Kreistag nahm Kenntnis und beschloss gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 23. Mai 2012 – TOP 3.1.1 – wie folgt:

Beschluss:

Der Landkreis Friesland testet als bundesweit erste Kommune mit der Software Liquid Feedback für ein Jahr ein innovatives Forum der Online-Bürgerbeteiligung und wertet anschließend die Erfahrungen aus.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.2.1.1 b) Ergänzungsvorlage aus dem KA vom 04.07.2012:

**Einführung der Software Liquid Feedback zur Online-Bürgerbeteiligung; Vorstellung der Projektbeschreibung und Verabschiedung einer Satzung analog § 35 NKomVG
Vorlage: 0145/2012**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.5 der KA-Niederschrift vom 4. Juli 2012 – TOP 3.1.5 – zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

Der Projektbeschreibung zur Umsetzung der Online-Bürgerbeteiligung durch die Software „LiquidFriesland“ sowie der der KA-Niederschrift beigefügten Satzung analog § 35 NKomVG wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.2 Bundestagswahl 2013; Benennung eines Kreiswahlleiters für den Wahlkreis 26
Vorlage: 0118/2012**

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 23. Mai 2012 – TOP 3.1.2 – fasste der Kreistag folgenden ...

Beschluss

Der Benennung von Oberbürgermeister Andreas Wagner zum Kreiswahlleiter und Herrn Rudolf Perkams zum stellvertretenden Kreiswahlleiter des Bundestagswahlkreises 26 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.3 - aus dem Kreisausschuss vom 11. Juni 2012:

**TOP 6.3.1 Schülerbeförderung; Europaweite Ausschreibung der
Taxibeförderungen
Vorlage: 0120/2012**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der Kreisausschuss-Sitzung vom 11. Juni 2012 zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der Vergabe der Taxibeförderungen in der Schülerbeförderung die Zuschläge für die einzelnen Lose nach den Vergabekriterien an den jeweils wirtschaftlichsten Bieter zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.4 - aus dem Kreisausschuss vom 4. Juli 2012:

**TOP 6.4.1 Einrichtung eines Pflegestützpunktes
Vorlage: 0123/2012**

Auf die Ausführungen zu TOP 4.2.1 des Sozialausschuss-Protokolls vom 25. Juni 2012 bzw. zu TOP 3.1.1 des Kreisausschuss-Protokolls vom 4. Juli 2012 wird verwiesen. Der Kreistag nahm Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

Der Einrichtung eines Pflegestützpunktes im Laufe des Jahres 2013 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.4.2 Bahnumfahrung Sande; Finanzierungsvereinbarung
Vorlage: 0132/2012**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 4. Juli 2012 sowie die Beschlussempfehlung zur Kenntnis; er beschloss sodann wie folgt:

Beschluss:

Dem seitens der DB Netz AG vorgelegten Realisierungs- und Finanzierungsvertrag für die Bahnumfahrung Sande wird in der der KA-Niederschrift beigefügten Fassung zugestimmt.

Der auf den Landkreis Friesland entfallende Kostenanteil in Höhe von 5.506.877 € (Eigenanteil unter Berücksichtigung der Förderung nach dem Entflechtungsgesetz 1.811.720 €) wird in den jeweiligen Haushaltsplanungen berücksichtigt, beginnend in 2013 mit einem Betrag in Höhe von 283.000 €.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.4.3 Fortschreibung der Mittelfristigen Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte des Landkreises Friesland 2012
Vorlage: 0109/2012**

Landrat Ambrosy führte aus, die Verwaltung habe die MEZ und HSP insbesondere im Hinblick auf die demographische Entwicklung überarbeitet. In den kommenden Jahren werde auch das Thema Integration/Inklusion im Schul- und Jugendbereich eine stärkere Bedeutung einnehmen. Darüber hinaus werde man bereits jetzt mit den Vorbereitungen für die im Jahr 2013 anstehende Beschlussfassung zur Regionalen Raumordnungsplanung beginnen, da dieses Querschnittsthema in viele Bereiche hinein wirke. Man werde sich vor dem Hintergrund der anstehenden Wasserentnahme-Genehmigungen besonders intensiv mit der Thematik des Wassermanagements befassen.

Entsprechend der Empfehlung des Kreisausschusses vom 4. Juli 2012 – TOP 3.1.3 der Niederschrift – beschloss der Kreistag sodann wie folgt:

Beschluss:

Der Fortschreibung 2012 der Mittelfristigen Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte wird in der der Wirtschaftsausschuss-Niederschrift vom 26. Juni 2012 bzw. der Vorlage Nr. 0109/2012 beigefügten Fassung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.4.4 Gewährung eines Darlehens aus der Kreisschulbaukasse an die Stadt Jever;
Vorlage: 0129/2012**

Der Kreistag nahm das Beratungsergebnis des Kreisausschusses vom 4. Juli 2012 – TOP 3.1.4 der Niederschrift – zur Kenntnis und fasste folgenden

Beschluss:

Der Stadt Jever wird für die Sanierung der Grundschule Cleverns ein Darlehen aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von insgesamt 424.300,00 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.4.5 Gemeinsamer Antrag zur Verabschiedung einer Resolution des Kreistages für den Erhalt einer funktionierenden Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Wilhelmshaven und Aurich

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.6 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 4. Juli 2012 sowie zu TOP 3.2.4 der KA-Niederschrift vom 9. Juli 2012 wird verwiesen. Die Verwaltung hatte den Entwurf des Resolutionstextes in Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden überarbeitet und als Tischvorlage verteilt.

Kreistagsabgeordneter Lies erklärte, eine gemeinsame Resolution sei erfreulich und ein positives Signal. Der nun vorgelegte Wortlaut sage aus, dass der Kreistag das Wasser- und Schifffahrtsamt in Wilhelmshaven und die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Aurich in ihrer Funktionalität und Aufgabenstellung erhalten wissen wolle.

Ein positives Votum des Kreistages auch für den Standort Aurich sei wichtig. In den vergangenen Jahren habe man bewiesen, dass man regional denke und dass auch für Friesland die maritime Wirtschaft eine sehr hohe Bedeutung genieße. Der Zusammenhang von maritimer Wirtschaft und Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sei sehr eng.

Da der vom Bundesverkehrsministerium geplante massive strukturelle Umbau noch nicht beschlossen sei, komme das Zeichen einer Resolution aus Friesland noch rechtzeitig. Was heute in den Wasser- und Schifffahrtsdirektionen vor Ort entschieden werde, solle nach Planungen des Ministeriums zukünftig nach Bonn verlagert werden. Allen in der Region müsse aber daran gelegen sein, Entscheidungen wie bisher auf kurzem Wege und mit Kompetenzen vor Ort herbei führen zu können.

Das Wasser- und Schifffahrtsamt Wilhelmshaven mit seinen 373 Mitarbeitern/innen sei der zweitgrößte Ausbildungsbetrieb in Wilhelmshaven. Durch Auftragsvergaben in Höhe von rd. 48 Mio. Euro profitiere die Region in vielfacher Hinsicht; hier breche bei Umsetzung der Veränderungen und damit verbundenen Aushöhlungen der bisherigen Strukturen ein entscheidender Wirtschaftsfaktor weg.

Die Planungen des Ministeriums hätten zum Inhalt, Verwaltung und Aufgabenverteilung von einander zu trennen. Ziel dieser Veränderungen sei letztlich, durch mehr Privatisierung einen weiteren Schritt zur Übernahme bisher öffentlich wahrgenommener Aufgaben durch Private zu vollziehen. Diesen Weg gelte es zumindest mit Skepsis zu betrachten; dies zeige sich vor allem am Beispiel der Privatisierung der Nassbaggerei, die für die Küste von besonderer Bedeutung sei. Vor diesem Hintergrund gelte es zu prüfen, ob Privatisierungen von Fall zu Fall Sinn machten.

Der Erhalt der Wasser- und Schifffahrtsbehörden Aurich und Wilhelmshaven sollte forciert werden, um nicht nur Beschäftigung, sondern auch Verantwortungsbereiche in der Region zu bewahren.

Kreistagsabgeordneter Vehoff erklärte, mit einer gemeinsamen Resolution bekunde und stärke der Kreistag das Interesse am Erhalt des Standortes Wilhelmshaven. Ausgangspunkt seien nicht die Überlegungen der Bundesregierung gewesen, sondern die bereits vor Jahren geäußerte Kritik des Bundesrechnungshofes an einer ineffizienten Struktur der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Nunmehr befinde man sich in der Umsetzungsphase. Für die Region wolle man dabei die größtmögliche Bedeutung und Funktion als Standort für Wasser- und Schifffahrtsverwaltung bewahren.

Frau Valerie Wilms, Berichterstatterin der Grünen für maritime Politik, habe begrüßt, dass die Bundesregierung endlich der Kritik des Bundesrechnungshofes nachkomme. Sie fordere die Parteien auf, auf diesem Weg mitzuwirken. Es gelte also, so Herr Vehoff, den gesamten Sachverhalt zu betrachten; ein Verweis allein auf politische Absichten des Bundesverkehrsministers laufe fehl. Im Zuge der Umsetzung der strukturellen Veränderungen müsse gemeinsam darauf hin gewirkt werden, für die Region das bestmögliche Ergebnis zu erzielen.

Kreistagsabgeordneter Ratzel erklärte, die Ausführungen von KTA Lies stellten nicht die Meinung des Kreistages dar. Es gebe durchaus abweichende Auffassungen, z. B. zum Thema der Privatisierungen.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke stellte fest, Gegenstand der Beschlussfassung sei ausschließlich der vorliegende Resolutionstext.

Der Resolutionstext wurde sodann von Herrn Kreistagsvorsitzenden Pauluschke verlesen. Der in der Überschrift enthaltene Begriff „Schifffahrtsstandorte“ wurde einvernehmlich korrigiert in „Schifffahrtsverwaltungsstandorte“; ferner wurden grammatikalische Korrekturen vorgenommen.

Der Kreistag verabschiedete seine gemeinsame Resolution sodann in folgender Fassung:

***„Resolution zum Erhalt der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungsstandorte
Wilhelmshaven und Aurich***

Gemäß Artikel 87 in Verbindung mit Artikel 89 des Grundgesetzes ist der Bund für die Verwaltung der Bundeswasserstraßen, also für den Schiffsverkehr auf den Bundeswasserstraßen und deren Unterhaltung, zuständig. Näheres regeln das Bundeswasserstraßengesetz und das Seeaufgabengesetz.

Für Teile der deutschen Hoheitsgewässer in der Deutschen Bucht sowie für die Jade als Bundeswasserstraße zu den Wilhelmshavener Häfen ist seit dem 1. November 1949 das Wasser- und Schifffahrtsamt Wilhelmshaven im oben genannten Sinne als Unterbehörde der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zuständig. Des Weiteren hat das Wasser- und Schifffahrtsamt Wilhelmshaven auf internationalen Vorschriften beruhende verkehrsbezogene Zuständigkeiten in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone.

Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion in Aurich hat wegen ihrer Nähe zur Küste die Aufgaben als Oberbehörde hervorragend ausgefüllt. Eine nunmehr durch die Reform beabsichtigte Zentralisierung ist einer guten Aufgabenerledigung vor Ort abträglich.

Vor diesem Hintergrund fordert der Kreistag des Landkreises Friesland den Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung angesichts bekannt gewordener Planungen auf, zum Wohle gesamtwirtschaftlicher Interessen Norddeutschlands die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Wilhelmshaven und Aurich in ihrer Funktionalität und Aufgabenstellung zu erhalten.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.5 - aus dem Kreisausschuss vom 9. Juli 2012:

**TOP 6.5.1 Gesellschaftsgründung und Gesellschaftervertrag der Gesellschaft
„Kommunaler Rettungsdienst Friesland gGmbH“
Vorlage: 0142/2012**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.2.1 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 9. Juli 2012 zur Kenntnis.

Landrat Ambrosy führte aus, mit den Beschlüssen zu den folgenden drei Vorlagen beende man eine große Diskussion im Wangerland. Erfreulicherweise habe man durch ein Gutachten belegen können, dass es dort eine rettungsdienstliche Versorgungslücke gebe. Auf Basis des Gutachtens habe man die Kostenträger davon überzeugen können, eine ganzjährig besetzte Wache im Wangerland zu schaffen.

Der Landkreis Friesland danke ausdrücklich den Freundinnen und Freunden der Johanniter Unfallhilfe. Für die entstandenen Irritationen durch den Wortlaut der Beschlussvorlage entschuldige er sich, so der Landrat, namens des Kreises ausdrücklich. Tatsächlich gemeint sei gewesen, dass den Johannitern die ganzjährige Besetzung der Wache **aus rechtlichen Gründen** nicht möglich gewesen wäre.

Da es sich um eine erhebliche Erweiterung der rettungsdienstlichen Versorgung gehandelt hätte, wäre man zur Ausschreibung der Leistungen gezwungen gewesen. Dann hätte man jedoch nicht garantieren können, dass erneut die Johanniter Unfallhilfe den Zuschlag erhalten hätte. Natürlich sei die Organisation im Grunde in der Lage und gewillt, den Versorgungsauftrag wahrzunehmen, dies scheitere leider aber an rechtlichen Voraussetzungen.

Letztlich habe man sich dafür entschieden, die rettungsdienstliche Versorgung im Wangerland ebenfalls im Rahmen eines kommunalen Rettungsdienstes abzuwickeln und auf die neu zu gründende gGmbH zu übertragen.

Die Johanniter seien eine tolle Organisation; ihnen gelte nochmals ein herzlicher Dank für die stets hervorragende Zusammenarbeit in den vergangenen Jahrzehnten.

Wenn es unter den rechtlichen Maßgaben möglich gewesen wäre, hätte man sie gern fortgesetzt.

Der Kreistag fasste sodann folgenden

Beschluss:

Der Gründung der „Kommunaler Rettungsdienst Friesland gGmbH“ und dem Abschluss des dem Bauausschuss-Protokoll vom 2. Juli 2012 beigefügten Gesellschaftervertrages wird zugestimmt.

Der außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 200.000 Euro wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.5.2 Kommunaler Rettungsdienst Friesland gGmbH; Gewährung einer Bürgschaft
Vorlage: 0147/2012**

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – TOP 3.2.2 der Niederschrift vom 9. Juli 2012 – beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Der Landkreis Friesland übernimmt nach § 121 Abs. 2 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 300.000,00 € zu Gunsten der Kommunaler Rettungsdienst Friesland gGmbH.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.5.3 Rettungsdienstbedarfsplan
Vorlage: 0137/2012**

Auf TOP 3.2.3 der KA-Niederschrift vom 9. Juli 2012 wird verwiesen; der Kreistag nahm Kenntnis.

Landrat Ambrosy erläuterte die im Rettungsdienstbedarfsplan aufgearbeiteten wesentlichen Änderungen:

- Die Einsatzzahlen sind um fast 1/3 angestiegen. Ursache dafür sind höhere Gästezahlen; auch der demografische Wandel zeichnet sich ab.
- Des weiteren verfügt der Rettungsdienst über mehr Einsatzfahrzeuge und Material.
- Die neue Wache im Wangerland ist festgeschrieben.
- Neben dem Rettungsdienst Friesland GmbH wird über den Bedarfsplan auch die neue kommunale Rettungsdienst gGmbH beauftragt.

- Der Rettungshubschrauber „Christoph 26“ wurde informatorisch aufgenommen.
- Die vertragliche Vereinbarung mit dem Landkreis Wesermarsch, dass der Rettungsdienst Friesland im Bereich Jaderberg Einsätze fahren darf, ist ebenfalls informatorisch erwähnt.

Die Rettungswache Wangerland wurde am optimalen geographischen Standort positioniert. Von dort aus sei es möglich, so der Landrat, die Einhaltung der 15-Minuten-Regelung für den gesamten Bereich zu gewährleisten. Der südliche Bereich des Wangerlandes könne von der Wache Jever aus mit versorgt werden; dies gelte im Bedarfsfalle auch für den westlichen Bereich des Wangerlandes. Auch in der Vergangenheit sei so verfahren worden.

Der Kreistag fasste sodann folgenden

Beschluss:

1.

Der dem Bauausschuss-Protokoll vom 2. Juli 2012 anliegende Rettungsdienstbedarfsplan wird beschlossen.

2.

Mit der Durchführung der rettungsdienstlichen Leistungen im Wangerland und für die Ergänzung der Wache Jever um ein weiteres Fahrzeug wird die Eigengesellschaft „Kommunaler Rettungsdienst Friesland gGmbH“ beauftragt.

3.

Die rettungsdienstlichen Aufgaben im übrigen Kreisgebiet werden weiterhin durch die Beauftragung der Rettungsdienst Friesland gGmbH gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.5.4 Antrag der AWO, Kreisverband Wilhelmshaven-Friesland, auf Erhöhung des Zuschusses für das Frauen- und Kinderschutzhaus in Wilhelmshaven (vorher: TOP 3.4.1; aus dem nö. Teil in den öff. Teil verlegt)
Vorlage: 0124/2012**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.2.1 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 4. Juli 2012 zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

Der freiwillige Zuschuss des Landkreises Friesland für das Frauen- und Kinderschutzhaus der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Wilhelmshaven/Friesland e. V. (AWO) wird ab dem Jahr 2012 von 20.500 Euro auf 30.000 Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

. / .

TOP 8 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 8.1 Niederschrift des Ausschusses für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 17. April 2012

TOP 8.2 Niederschrift des Jugendhilfeausschusses vom 19. April 2012

TOP 8.3 Niederschrift des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 23. April 2012

TOP 8.4 Niederschrift des Ausschusses für Bauen, Feuerschutz und Mobilität vom 16. Mai 2012

TOP 8.5 Niederschrift des Ausschusses Jobcenter Friesland vom 30. Mai 2012

TOP 8.6 Niederschrift des Ausschusses für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 31. Mai 2012

TOP 8.7 Niederschrift des Jugendhilfeausschusses vom 11. Juni 2012

TOP 8.8 Niederschrift des Ausschusses für Familie, Senioren und Soziales vom 25. Juni 2012

TOP 8.9 Niederschrift des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 26. Juni 2012

TOP 8.10 Niederschrift des Ausschusses für Bauen, Feuerschutz und Mobilität vom 2. Juli 2012

TOP 8.11 Niederschrift des Jugendhilfeausschusses vom 9. Juli 2012

Hinweis des Kreistagsabgeordneten Neugebauer zu **TOP 4.1** der Niederschrift des Jugendhilfeausschusses vom 9. Juli 2012 – Ausfallgeld für die in dem Angebot „Betreuung und Prävention“ tätigen Tagespflegepersonen -:

Im letzten Absatz der Ausführungen zu diesem TOP heiÙe es:

„Der Ausschuss bittet um Konkretisierung, mit welchem zeitlichen Vorlauf die pädagogischen Fachkräfte die Betreuung absagen oder aussetzen.“

Der Jugendhilfeausschuss habe zum Ausdruck gebracht, dass entsprechend auch für die Eltern gelten müsse, die pädagogischen Fachkräfte frühzeitig zu informieren, wenn sie durch nicht verschiebbare Termine daran gehindert seien, ihre Kinder in deren Betreuung zu geben.

Die Verwaltung nahm diesen Hinweis auf.

TOP 9 Mitteilungen des Landrates

Keine.

TOP 10 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

TOP 10.1 Antrag der Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Juni 2012 betr. Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten im Landkreis Friesland

Auf den beigefügten bzw. im Kreistagsinformationssystem abrufbaren Antrag wird verwiesen.

Kreistagsabgeordnete Schlieper erklärte, SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/die Grünen hätten sich Anfang des Jahres intensiv mit der Bildungs- und Betreuungssituation im Landkreis Friesland befasst. Die Gruppe sei der Auffassung, hier gebe es Verbesserungsbedarf. Daher habe man gemeinsam mit den Fraktionskolleginnen und -kollegen aus den Städten und Gemeinden beschlossen, eine Offensive zu starten. Es gehe um die Frage, was der Landkreis konkret auf diesem Gebiet tun könne.

Über die Aktivitäten von Land und Bund könne man geteilter Meinung sein. Offenbar habe die Bundesfamilienministerin das Ergebnis einer Studie präsentiert bekommen, wonach 2,8 Mrd. Euro erforderlich seien, um die derzeitige Krippensituation für Alleinerziehende zu verbessern. Es stelle sich die Frage, warum der Bund die Mittel nicht entsprechend einsetze, sondern statt dessen denselben Betrag dafür verwende, Eltern und Kinder von den Krippen fernzuhalten.

Das Land unternehme ebenfalls keine ausreichenden Schritte, die Personalsituation in den Krippen und Tageseinrichtungen so zu gestalten, dass Eltern ihre Kinder dort verlässlich in die Betreuung geben könnten. Stattdessen nehme man die Gemeinden in die Pflicht, die auf diesem Gebiet zuschießen müssten.

Unabhängig von den Erwartungen an Bund und Land gelte es aber zu überlegen, welche Schritte man vor Ort leisten könne. Angeregt durch diese Diskussion sei in allen Städten und Gemeinden nochmals überlegt worden, für welche Zwecke man

die verfügbaren, aber bislang nicht abgerufenen Fördermittel einsetzen könnte. Ziel des Antrages der Gruppe sei es, Bildung und Betreuung flächendeckend so zu organisieren, dass es für alle Kinder gerechte Chancen gebe.

Den Kommunen wolle man zur Umsetzung entsprechender Maßnahmen finanzielle Entlastung zukommen lassen. Zum einen wolle man als Landkreis 500.000 Euro einsetzen für den schnelleren Ausbau der Krippenplätze. Vorhandene, aber noch nicht genutzte Mittel aus verschiedenen Töpfen sollten zusammen gefügt werden, um z. B. für die Ganztagsgrundschulen ein Starterpaket zu schnüren. Bei dieser finanziellen Belastung wolle man die Kommunen stützen.

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsförderung habe ermittelt, in Deutschland werde viel Geld verschenkt, weil man sich eine schlechte Bildung leiste. Die Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen wolle diesem Zustand mit Nachdruck abhelfen; als Landkreis müsse an allen Stellen agiert werden, wo dies möglich sei. Dazu gehöre z. B. auch, ein Stufenkonzept zur Umsetzung der inklusiven Beschulung zu entwickeln. Auch hier bedürfe es vertiefender Unterstützung der Schulen.

Nachdem hohe Beträge für die Schulstruktur geleistet worden seien, wolle man weiter in Qualität und Ausstattung investieren, um dem hohen Stellenwert von Bildung gerecht zu werden.

Die Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen freue sich auf eine intensive Diskussion ihres Antrages im Fachausschuss.

Kreistagsabgeordneter Vehoff zeigte sich erfreut über die Bestrebungen der Städte und Gemeinden, den Krippenausbau voran zu bringen. Den Antrag der Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen werde man in den Gremien eingehend diskutieren und auf die unterbreiteten Vorschläge im einzelnen eingehen. So stelle sich die Frage, ob Geld für nicht originäre Aufgaben des Landkreises in die Hand genommen werden sollte. Man werde darauf achten, dass man Städte und Gemeinden, die bereits viele Krippenplätze geschaffen hätten, finanziell nicht benachteilige.

Zum Thema „Inklusion“ liege der Verwaltung bereits ein Auftrag zur Erarbeitung eines Umsetzungskonzeptes vor. - Die Diskussion in den Gremien bleibe abzuwarten.

Kreistagsabgeordneter Chmielewski unterstützte den Antrag der Gruppe. Tatsächlich könne man nicht darauf warten, bis Bund und Land tätig würden. Obwohl es originär um deren Aufgaben gehe, habe man sich in der Kreispolitik auf die Fahnen geschrieben, mehr für die Bildung in der Region zu tun.

Der Kreistag beschloss auf Vorschlag des Kreistagsvorsitzenden Pauluschke wie folgt:

Beschluss:

Der Antrag der Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Juni 2012 betr. Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten im Landkreis Friesland wird in die Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 10.2 inform.: Gemeinsamer Antrag zur Verabschiedung einer Resolution des Kreistages für den Erhalt einer funktionierenden Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Wilhelmshaven und Aurich

Erl.; sh. Ausführungen und Beschlussfassung unter TOP 6.4.5.

TOP 11 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung

Keine.

TOP 12 Anregungen und Beschwerden

Keine.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, dankte Kreistagsvorsitzender Pauluschke für die zügige Mitarbeit und wünschte allen Anwesenden eine erholsame Sommer- und Urlaubszeit. - Er schloss die öffentliche Sitzung um 15.20 Uhr. Der Kreistag setzte seine Beratungen ab 15.25 Uhr in nichtöffentlicher Sitzung fort.

gez. **Bernd Pauluschke**
Kreistagsvorsitzender

gez. **Sven Ambrosy**
Landrat

gez. **Gerda Gerdes**
Protokollführerin